

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 35 (2016)
Heft: 67

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Martina Leonarz (Hg.): **Wissenschaftliche und praktische Medienpolitik als politische Daueraufgabe.** Umstrittene Reaktionen auf die Ausdünnung des Bannwaldes der Demokratie in der Schweiz. Nomos, Baden-Baden 2015 (381 S.)

Der Band atmet den Geist der Hilf- und Ratlosigkeit. Das beherrschende Narrativ ist jenes von der grossen Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und der kalten Ignoranz der Mächtigen. Was macht die verantwortungsvolle, kluge und kenntnisreiche Kommunikationswissenschaft bloss falsch, dass sie so schnöde links liegen gelassen wird? Dabei, so das Narrativ weiter, tut sie ja alles, um wahr- und ernst genommen zu werden. Sogar die im Band kritisierte staatliche Auftragsforschung wird zugleich schönge-redet, um des Nachweises willen, nützlich für die Politik in Zeiten des Umbruchs zu sein. Selbst an dem zahnlosen Beratungsgremium EMEK (Eidgenössische Medienkommission) nimmt die Wissenschaft prominent teil, um endlich mit am Tisch der EntscheidungsträgerInnen Platz nehmen zu können. Doch das Narrativ überwindet die Ratlosigkeit nicht. Weder durch die Präsenta-

tion von Forschung und Forschungsergebnissen (Teil II des Buches) noch durch die mehr trotzig als gelassen anmutende Aufforderung, doch endlich Selbstbewusstsein zu zeigen (Beitrag Just / Puppis, S. 303 f.), angesichts der, jawohl!, vorzüglichen Geisteskraft, die sich in diesen Forschungen und Reflexionen manifestiert. Das Buch biegt gar resignativ auf die Schlussgerade ein, wenn Otfried Jarren ernüchtert feststellt, dass einem Grundirrtum unterliege, wer meine, Wissenschaft könne soziale Praxen beeinflussen, optimieren oder gar verbessern (S. 344). Doch auf den letzten Metern des Buches wirft Werner A. Meier (S. 357 f.) dem arg zerzausten Narrativ den Rettungsring zu und plädiert für eine praxis- und bedürfnisgerechte Form der Aktionsforschung, die betroffene Anspruchsgruppen einbezieht und für Macht, Herrschaft und soziale Gerechtigkeit sensibel ist. Als Leser entsteigt man dieser intellektuellen Achterbahn benommen und mit wackligen Beinen.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Der Band ist gerade wegen seines Irritationsvermögens hoch willkommen und Ausdruck des beeindruckenden Niveaus, auf dem hier ver-

handelt wird. Im ersten Teil des Buches schildern die Autorinnen und Autoren anschaulich, warum und was in den letzten sechs Jahren geforscht wurde – vieles geht auf das Postulat «Pressevielfalt sichern» (2009) des damaligen Nationalrates Hans-Jürg Fehr zurück, der selbst in einem Kapitel zu Wort kommt. Im bereits angesprochenen Teil II werden Analysen vorgestellt und selbstkritisch hinterfragt, die sich mit den Inhalten von Radio- und Fernsehprogrammen sowie Onlineinhalten der Rundfunkveranstalter und deren Nutzung befassen. Teil III widmet sich eingehend und mit grosser Ernsthaftigkeit der Reflexion von Auftrags- und Antragsforschung mit Bezug auf das BAKOM (Bundesamt für Kommunikation) als Auftraggeber und enthält eine aufschlussreiche Übersicht über die vom Bundesamt eingesetzten finanziellen Ressourcen und die beauftragten Institutionen (S. 360 f.). Bei der Deutung der Stärken und Schwächen der eigenen Forschungsarbeit überwiegen Letztere deutlich.

Das Lamento des Narrativs zieht sich durch den ersten und dritten Teil des Bandes: Welche Relevanz für die Praxis hat das kommunikationswissenschaftliche Tun? Mit welchen Folgen?

Allein, diese Prognose sei gewagt, dem Band ist dasselbe Schicksal vorherbestimmt wie den zahlreichen Forschungsarbeiten, die vorgestellt werden: Gut gemacht, relevant, lehr- und geistreich, aber an der Zielgruppe vorbeigeschrieben. Doch halt: Wer ist die Zielgruppe? Genau genommen richtet sich dieses Buch nach innen, an die Mitglieder der eigenen Forschungsgemeinschaft, jedenfalls die Teile I und III des Buches – und nicht an die «Praxis» aus

Politik und Medienwirtschaft. Und für die Forschungsgemeinschaft ist dieses Buch mehr als nur hilfreich. Es ist ein weiterer Anstoss zur internen Debatte, ob und wie das Fach die eigenen Leistungen an den Anforderungen dieser Praxis ausrichten soll, bis hin zur Auseinandersetzung über die Rolle der einzelnen WissenschaftlerInnen. Und doch schiebt der Band unübersehbar auch auf diese Praxis als Zielgruppe. Wären sonst die unter den ForscherInnen hinlänglich bekannten und online (www.bakom.admin.ch) im Volltext zugänglichen Forschungsarbeiten in kompakter Form erneut veröffentlicht worden?

Zwei Herren zu dienen ist nicht nur das Los der Medien (Publikum und Werbewirtschaft), sondern auch jenes der politikorientierten Kommunikationswissenschaft, nämlich wissenschaftlichen Standards ebenso zu genügen wie den Anforderungen der Praxis. Schwer tun sich damit alle.

Unter diesem Vorzeichen versuchen die Autorinnen und Autoren des Bandes, sich aus der durch unerwartet rüde Attacken der medienwirtschaftlichen Praxis – nachzulesen in der Tagespresse und in verschiedenen Ausgaben des *Flash Extra* des Verband Schweizer Medien – ausgelösten Schockstarre zu befreien. Fast mutet die wiederholte Wiedergabe der unqualifiziertesten Anwürfe im Wortlaut (wer sich das Nachlesen antun will: S. 28 f., 303 f.) wie ein Verarbeitungsversuch einer posttraumatischen Belastungsstörung an – doch dieser Gedanke sei sogleich verworfen, eine solche Pathologisierung ginge entschieden zu weit.

Frischer Wind vertreibt diese düsteren Gedanken gleich im ersten Teil des Buches. Die Herausgeberin Martina Le-

onarz (Kapitel «Pressevielfalt sichern») und Werner A. Meier («Von passiver zu aktiver Pressepolitik») demonstrieren eindrucksvoll den systematischen Erkenntnisgewinn, den die im Postulat Fehr wurzelnden Forschungsprojekte ermöglicht haben. Genau, vollständig und mit angemessener kritischer Distanz entrollen diese Texte das medienpolitische Panorama der Schweiz mit seinen Stärken, Schwächen, Kontinuitäten und Brüchen. Hans-Jürg Fehr selbst zieht in seinem dichten Beitrag die medienpolitischen Konsequenzen und entwirft richtungsweisende und bestens informierte Vorschläge für eine demokratiegerechte Reform der schweizerischen Medienpolitik.

Nach der Lektüre stellt sich die Frage, inwiefern der zwischen den Zeilen erkennbare Metazweck dieses Buches erreicht wurde, nämlich dazu beizutragen, die kommunikationswissenschaftliche Forschung relevant für die Praxis zu machen. Ob dafür ein 381-seitiges Buch wirklich genügt? Wäre es nicht – im Geist der Aktionsforschung – an der Zeit, diese Praxis zusätzlich mit einem Manifest zu adressieren, welches kurz und knapp die Bedrohungslage, die Befunde und die politischen Optionen benennt?

Denn die Einschätzung sei geteilt: Die Kommunikationswissenschaft hat viel zu bieten. Aber mehr zur Schau gestelltes Selbstbewusstsein würde der Sache des Praxistransfers eher schaden. Vielmehr muss die Relevanz der eigenen Themen und der eigenen Forschung dermassen überzeugend sein (und dargestellt werden), dass sowohl politische EntscheidungsträgerInnen als auch die Medienwirtschaft *ohne* Rekurs auf diese Erkenntnisse keine Politik mehr machen können. Bisher kann sich diese Praxis

folgenlos um die Arbeit der Kommunikationswissenschaft frotieren. Das gelingt ihr beispielsweise in der Umwelt-, Gesundheits- oder Verkehrspolitik schon lange nicht mehr. Dort kann Politik *gegen* wissenschaftliche Evidenz nicht mehr durchgedrückt werden. Erst wenn die Kommunikationswissenschaft aus eigenem Antrieb die kritischen Probleme des Wandels identifiziert und analytisch-theoretisch gesättigtes Wissen bereitstellt (im Band ist von «robustem» und «gehärtetem» Wissen die Rede, S. 323), kann (und wird) sich die Praxis den Verzicht auf diese Wissenschaft nicht mehr leisten.

Will die Kommunikationswissenschaft mittel- und langfristig das Privileg der gesellschaftlichen Finanzierung als universitäre Disziplin in Anspruch nehmen, so tut sie gut daran, aus dem Narrativ dieses Buches zu lernen, die Relevanz der Forschung auch an der Aufnahme und Verarbeitung durch die Praxis zu messen. Welche Fragen mit welchen Theorien und Methoden bearbeitet werden, entscheidet aber zwingend die Wissenschaft – und nicht die Praxis!

Josef Trappel

Interessensdeklaration

Josef Trappel ist Professor für Medienpolitik und Medienökonomie und Leiter des Fachbereichs Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Er lebt in der Schweiz und hat selbst zahlreiche Projekte für das BAKOM durchgeführt, als Privatdozent der Universität Zürich und davor als Berater der Firma Prognos, Basel.

Sarah Ertl: **Protest als Ereignis**. Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation. Transcript Verlag, Bielefeld 2015 (372 S.)

Im August 2015 machten sich rund 500 Menschen am Stadtrand von Zürich zu Fuss und mit Traktoren auf den Weg nach Reckenholz. Mit Transparenten und Plakaten protestierten sie gegen einen Freilandversuch mit Gentech-Kartoffeln, der dort auf einem mit Stacheldraht geschützten Feld von der eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope durchgeführt wurde. An der Kundgebung, zu der verschiedene Bauern- und Umweltorganisationen aufgegriffen hatten, kritisierten eine Reihe hochkarätiger internationaler ExpertInnen den Einsatz von Biotechnologie in der Landwirtschaft. Im Vorfeld war die Einladung zur Protestveranstaltung, inklusive Pressemitteilung, an 200 Redaktionen verschickt worden – in der Hoffnung auf ein breites Medienecho.

Was aber braucht es, damit ein BürgerInnenprotest von den Medien aufgegriffen und somit zum «Ereignis» wird? Warum berichten Zeitungen und TV über manche Proteste detailgenau und wohlwollend, während andere kriminalisiert oder ignoriert werden? Fragen, auf welche die sorgfältig recherchierte Dissertation der österreichischen Medienwissenschaftlerin Sarah Ertl nachvollziehbare Antworten gibt. Um das komplexe Verhältnis zwischen Protestaktionen und Berichterstattung zu verstehen, muss man die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen das Zusammenwirken stattfindet, genauer betrachten: Wer heute mediale Aufmerksamkeit erreichen will, braucht einen spektakulären und «telewirksamen»

Auftritt. Neue Protestformen mit einem hohen Potenzial zur viralen Verbreitung in den Medien sind gefragt: Was schrill und originell daherkommt, hat gute Chancen, von den Medienunternehmen aufgegriffen zu werden, die mit möglichst kleinem Aufwand eine grosse Reichweite beim Publikum erreichen wollen. Erfolgreich ist eine Protestaktion dann, so Ertl, wenn die Protestierenden ihre Ziele über klassische und soziale Medien einer breiten Öffentlichkeit vermitteln können. Anhand von drei Fallbeispielen zeigt sie exemplarisch, was es dazu braucht und weshalb es oft nicht gelingt.

Das erste Beispiel sind die sogenannten London-Riots von 2011 – eine Serie von Ausschreitungen, die sich rasch von London auf andere britische Städte ausweitete. Auslöser war die Erschiessung eines Farbigen durch einen Londoner Polizeibeamten. Eine zunächst friedliche Demonstration gegen die polizeiliche Gewalt führte zu immer breiteren Protesten, die schliesslich eskalierten. In den folgenden Tagen wurden Autos und Geschäfte angezündet, es kam zu Plünderungen und Vandalismus. Diese wurden in den Mainstream-Medien detailgetreu beschrieben und in Szene gesetzt. «Geht es nach den österreichischen Medien, so waren die Ereignisse in London grösstenteils Krawalle», fasst Ertl zusammen. Sie hat u. a. die Berichterstattung in den vier wichtigsten Zeitungen Österreichs ausgewertet und zeigt auf, dass die Protestakteure meist als randalierendes Kollektiv dargestellt und kriminalisiert werden. Ihre Motive bleiben im Dunkeln, nicht zuletzt, weil sie selber kaum zu Wort kommen: 96 Prozent der zitierten Personen sind von den Ereignissen (negativ) betroffene Politi-

kerinnen, Polizisten oder Nachbarinnen – nur gerade vier Prozent der Antworten stammen jedoch von ProtestteilnehmerInnen. Trotz spektakulärer Inszenierungen, die weltweit in den Medien gezeigt wurden, konnten sie ihre Anliegen nicht einer breiten Öffentlichkeit vermitteln. Dies im Gegensatz zur britischen Regierung, die ihre Sicht der Dinge mittels Pressemitteilungen, institutioneller Websites und Presseagenturen direkt in die Medien einspeisen konnte. Die frappant einseitige Berichterstattung sei u. a. eine Folge des zunehmenden Zeitdrucks im Journalismus, schreibt Ertl: «Die Installation von KorrespondentInnen, der Zugang zu diversen Ansprechpersonen und die Konzeptualisierung und Interpretation neuer Situationen müssen erst realisiert werden.» (S. 188)

Das zweite Fallbeispiel handelt von 18 BürgermeisterIn, die im Mai 2010 zu einer Pressekonferenz auf die Brenner-Autobahn in Tirol luden. Die einstündige Blockade führte zum gewünschten Erfolg: Sowohl in Österreich wie im angrenzenden Ausland berichteten die Medien breit über das Anliegen der Protestierenden, die Finanzierung des Brenner-Basistunnels voranzutreiben. Damit konnten die Bürgermeister den Druck auf die Regierung erhöhen, die Kritik am Tunnelbau wurde in der Berichterstattung in den Hintergrund gedrängt. Das Ereignis war von den Medien als spontane Aktion besorgter Bürgermeister dargestellt worden. Erst im Nachhinein deckten Recherchen von JournalistInnen auf, dass der «Bürgermeisterprotest» von einer PR-Agentur aufgegleist und höchst professionell umgesetzt worden war – inklusive druckfertiger Medieninformationen, Fotos und PR-Video. Die anfäng-

lich durchwegs positive Berichterstattung kippte schliesslich ins Gegenteil, als rund ein halbes Jahr nach der Aktion publik wurde, dass das Engagement der Bürgermeister vom Bundesland Tirol mit 100 000 Euro subventioniert worden war. Das änderte aber nichts mehr an der Tatsache, dass dieser Protest sein Ziel erreicht hat. Ertl spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen, immer wichtiger werdenden Protestform, bei der PR-Firmen Protestaktionen gezielt als Mittel für Lobbying und Kommunikation einsetzen. Ebenfalls zu dieser Kategorie gehört z. B. die amerikanische Tea-Party, die sich als republikanische Basis- und Protestbewegung gibt, in Wirklichkeit aber ein von Milliardären finanziertes und gesteuertes Lobbyinstrument ist.

Beim dritten Fallbeispiel untersucht Ertl einen klassischen BürgerInnenprotest: Im Herbst 2012 wehrten sich Tausende von Menschen in Nordgriechenland wiederholt gegen die Erweiterung des Goldabbaus in ihrer Region. Sie befürchteten Umweltschäden und die Zunahme sozialer Probleme, sollten die Ausbaupläne der kanadischen Minengesellschaft Eldorado Gold, der die umstrittenen Cassandra-Minen zu 95 Prozent gehören, umgesetzt werden. Doch die Resonanz in den griechischen Medien blieb aus; AktivistInnen und ausländische Medien bezeichneten die Demonstration mit 10 000 Beteiligten in Thessaloniki – ein Höhepunkt der Protestaktionen – als «Invisible March», weil kein einziges Massenmedium darüber berichtete. Damit wurde, so Ertl, die Kommunikation mit den ökonomisch und politisch Verantwortlichen verunmöglicht. Trotzdem wuchs der Protest in der Folge zu einer breiten sozialen Bewe-

gung heran, die in Griechenland viel Unterstützung und Sympathie genießt. Die Solidarisierung erfolgte über soziale Medien, Blogs, Umweltplattformen und internationale Netzwerke. Die Mainstream-Medien hingegen verwehren sich bis heute den Argumenten der MìnengegnerInnen, die sie als «extreme Linke» diffamieren, die weder über ökonomischen Realitätssinn noch über Intelligenz verfügten. Wenn in den grossen griechischen Medien über den Konflikt berichtet wird, dann aus Sicht der BefürworterInnen. Gründe für das Schweigen und die einseitige Berichterstattung zeigt Sarah Ertl in einem spannenden Exkurs über die Verstrickungen zwischen Politik, Wirtschaft und Medien in Griechenland: Juniorpartner der Eldorado Gold ist der griechische Familienkonzern Bobolas. In dessen Hand befinden sich u. a. auch die grösste TV-Station des Landes sowie verschiedene Printmedien. Eine Konstellation, die nicht nur für Griechenland typisch ist.

Das Fazit von Sarah Ertls Recherchen, die sie über die drei Fallbeispiele hinaus mit weiteren Beobachtungen belegt, ist denn auch ernüchternd: Die Mainstream-Medien, gewinnorientierte oder gebührenfinanzierte Unternehmen, die von Inserenten- und Sponsorengeldern abhängig sind und durch politische Parteien gegängelt werden, sind keine Garanten für eine faktengetreue, einordnende und fundierte Wiedergabe von Protestereignissen. Die Produktionskosten für deren Berichterstattung werden laufend minimiert. Professionell organisierte Protestaktionen via PR-Agentur, die über die spektakulären Bilder hinaus massgeschneiderte Texte und Slogans mitliefern, haben deshalb grössere Chancen, ihre Anliegen via Massenme-

dien in der Öffentlichkeit zu verbreiten, als spontane Basisaktionen, die nicht über die notwendigen Finanzen und Kanäle verfügen.

Das mussten auch die OrganisatorInnen der eingangs erwähnten Anti-Genetech-Demonstration in Reckenholz bitter erleben: Den tagesaktuellen Zeitungen und dem Schweizer Fernsehen war die Demonstration weder eine einzige Zeile noch ein Bild wert. Nur das Radio-Regionaljournal Zürich-Schaffhausen vom Schweizer Radio *SRF* sowie die Nachrichtensendung des regionalen Fernsehsenders *Tele Top* berichteten über den Anlass. Allerdings kam auch dort weder ein Referent noch eine Referentin mit internationalem Renommee zu Wort. Stattdessen erhielt die staatliche Forschungsanstalt Agroscope minutenlang Gelegenheit, den Genetech-Versuch zu rechtfertigen. Die ProtestorganisatorInnen stellen daher auf ihrer Website enttäuscht fest: «[...] da fragt man sich schon, wie stark eigentlich der Einfluss der Biotechbranche auf die Berichterstattung ist – und ob dies so sein sollte.»

Gabriela Neuhaus

Jakob Tanner: **Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert**. C.H. Beck, München 2015 (679 S.)

Jakob Tanner, vor kurzem als Professor an der Universität Zürich emeritiert, hat mit seiner über 600-seitigen *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* sein wohl bisher wichtigstes Buch geschrieben. In ihm hat er zusammengefasst, was kriti-

sche Historikerinnen und Historiker in den letzten vierzig Jahren über die Schweiz im 20. Jahrhundert erarbeitet haben. Das Buch ist umso wichtiger, als heute – und dies nicht nur in der Schweiz – im Kontext des neoliberalen und neokonservativen Rollbacks sich eine reaktionäre, nationalistische Geschichtsschreibung etabliert hat.

Auffallend ist, dass Tanners Buch das «lange 20. Jahrhundert» von 1880 bis 2015 umfasst. Der weite zeitliche Rahmen ist darin begründet, dass das Buch in der von Ulrich Herbert herausgegebenen Reihe «Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert» erschienen ist. Dabei sollen die einzelnen Länder in ihrem europäischen und internationalen Kontext dargestellt werden. Der zeitliche Rahmen bewährt sich für die Geschichte der Schweiz. Die Zeit von 1880 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs leitet die moderne Geschichte des Landes ein. Es ist eine Zeit des Umbruchs durch Verstädterung, beschleunigte industrielle Entwicklung, das Aufkommen der Chemie-, der Elektro- und Nahrungsmittelindustrie und der gesellschaftlichen Modernisierung. Es ist in ganz Europa auch eine Zeit der politischen Transformation, einer Krise der bis dahin führenden liberalen Parteien, welche sich zum Teil spalten, wie in Deutschland, und angesichts des Aufstiegs der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung mit ihren ehemaligen Erzfeinden, den Konservativen, paktieren. Das trifft auch auf die Schweiz zu. Es ist nicht nur die Zeit der Friedenskongresse der Zweiten Internationale, sondern auch die Geburtsstunde eines reaktionären schweizerischen Nationalismus. Dem 1. Mai wird der 1. August entgegengestellt, der «dekadenten, sozialistischen und jüdisch ver-

seuchten Stadt» das «bodenständige, gesunde Land». Die Schweizer Geschichte wird mythologisiert. Die Schweiz soll 1291 auf einer Alp entstanden sein und ihre Geschichte eine Heldengeschichte der Schweizer Krieger von Morgarten bis Marignano. Die ArbeiterInnenbewegung wird ausgegrenzt und diskriminiert: Es handelt sich nicht um Bürgerinnen und Bürger, sondern um vaterlandslose Gesellen. Der Begriff «bürgerlich» erhält in dieser Zeit seine reaktionäre Konnotation, womit es keineswegs widersinnig ist, dass sich heute die Schweizerische Volkspartei (SVP) für besonders bürgerlich hält. Andererseits lebt in dieser Zeit von 1880 bis 1914 das 19. Jahrhundert weiter, als die Schweiz ein fortschrittliches Land war: eine offene Schweiz mit Freizügigkeit, kulturell europäisch und international vernetzt, mit zahlreichen Immigranten und Immigrantinnen vorab aus Deutschland und Italien.

Diese offene Schweiz veränderte sich im Laufe des Ersten Weltkriegs, wie Tanner die heutigen Kenntnisse zusammenfasst. Bei Kriegsbeginn war die Neutralität keineswegs ein Dogma. Vor allem der mit dem deutschen Adel verbundene General Wille drängte immer wieder auf einen Kriegseintritt aufseiten des Deutschen Reichs, etwa um Frankreich Savoyen zu entreissen. Auch der Bundesrat hatte zu Kriegsbeginn ein eher lockeres Verhältnis zur Neutralität. Im Gegensatz zu Wille schwenkte er dann trotz einer deutschfreundlichen Mehrheit auf die Neutralität ein, denn diese erwies sich für die bürgerliche Oberschicht als äusserst profitabel, da Geschäfte nach allen Seiten gemacht werden konnten. So wurde die Neutralität zur unverrückbaren Staatsmaxime und das gewinnträchtige

Trittbrettfahren bis heute zum festen Bestandteil helvetischer Politik.

Weitere Ereignisse aus jener Zeit kommen uns heute bekannt vor: der Überfremdungsdiskurs oder die vom Präsidenten des Vaterländischen Vereins, dem reaktionären und später nazifreundlichen Arzt Eugen Bircher, lancierte Initiative gegen die Zuwanderung mit Inländervorrang und Kontingenten. Allerdings wurde die Initiative 1921 abgelehnt. Dem Beitritt zum Völkerbund wurde, im Gegensatz zum späteren Debakel der UNO-Abstimmung von 1986, schon beim ersten Mal zugestimmt.

Die ArbeiterInnenbewegung, vor 1914 noch stark international orientiert, blieb in der Schweiz, wie Tanner herausarbeitet, immer schwächer als etwa in Grossbritannien, Deutschland oder Frankreich. Im Landesstreik erlitt sie gegen die paranoid gewordene Bourgeoise, welche die Armee einsetzte, eine Niederlage. Tanner hält auch fest, dass die Schweizer Armee wohl eine der wenigen ist, die immer nur gegen den inneren Feind, die Linke, eingesetzt worden ist. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften blieben trotz Wohlverhalten lange ausgegrenzt und diskriminiert. Erst nach dem Aufstieg der Nationalsozialisten und der Niederlage der Sozialdemokratischen Partei Österreich (SPÖ) Mitte der 1930er-Jahre integrierten sie sich als «Juniorpartnerinnen» in das vom Bürgertum geprägte System, lange bevor dies mit einem Bundesratssitz honoriert wurde.

Kernstück des Buchs ist Tanners Darstellung der Schweiz zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Differenziert und abwägend behandelt er aktuell heftig diskutierte Streitfragen, etwa ob das wirtschaftliche Zudienen der Schweiz den Schrecken

und den Terror des Naziregimes verlängert habe. Seine Darstellung ist umso wichtiger, als die Studien der Bergier-Kommission, an der Tanner beteiligt war, vom Bundesrat wie heisse Kartoffeln fallen gelassen wurden und bis heute keine grosse Beachtung gefunden haben, ganz im Gegensatz zu Schlachtendarstellungen und helvetischen Heldengeschichten.

Spannend ist auch Tanners Darstellung der Zeit nach 1945. Er arbeitet gut heraus, dass sich die Zwischenkriegszeit und die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Bezug auf die Abschottung der Schweiz und die Sonderfallideologie doch stark unterscheiden. Im Unterschied zu Deutschland oder Frankreich gab es in der Schweiz 1945 keinen Bruch mit der Vergangenheit. Im Gegenteil: Die Schweiz war aufgrund ihrer nazifreundlichen Politik nach 1945 isoliert und die nationalistische Ideologie der Enge, am klarsten ausgedrückt im sogenannten Landgeist, wurde nicht nur beibehalten, sondern verstärkt. Selbst von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wurde sie übernommen. Tanner stellt so dar, wie sich die Schweiz insbesondere bei den USA wieder honorabel machte, indem sie sich besonders antikommunistisch gebärdete. Bereits vergessene Ereignisse werden da in Erinnerung gerufen, wie etwa die Affäre um den Brigadier Jeanmaire oder das Debakel um Bundesrätin Kopp, das den Fichenskanal auslöste. Für diesen Skandal bezeichnend ist, dass ausschliesslich die Linke überwacht wurde. Die rechtsgerichteten und rechtsextremen Bewegungen wie etwa die Nationale Aktion wurden vom Staatsschutz nicht behelligt, sondern fügten sich gut in die bürgerliche Politik ein. Das gilt bis heute: Auch

die SVP wird verharmlost und kaum mit anderen rechtsextremen Bewegungen in Europa verglichen. Dabei wird laut Tanner verdrängt, dass die Schweiz mit ihren fremdenfeindlichen Hetzkampagnen eine Vorreiterrolle in der politisch organisierten Xenophobie spielt und es kein Zufall ist, dass Rechtsextreme in andern Ländern Schweizerfahnen schwenken.

Die Sozialdemokratie blieb bis heute «Juniorpartnerin» in der Konkordanzpolitik und hatte nie die Kraft, mit ihr zu brechen. Dies hat viel zur Entpolitisierung der ArbeiterInnenschaft und zum Überlaufen grosser Teile zur Rechten geführt, welche die Rolle der Opposition übernahm. Das fragwürdigste Konkordanz-Arrangement von Gewerkschaften und Sozialdemokratie mit der Industrie, den Versicherungen und Banken bleibt die 2. Säule der Altersvorsorge. Auch vermochte die Linke nie eine Reform des ungerechten Steuersystems und der Krankenversicherung durchzusetzen.

In der Epoche der «Globalisierung» nach 1985 stieg auf dem Hintergrund der stetig zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung und der Entstehung des europäischen Binnenmarktes die Notwendigkeit einer Öffnung der Schweiz. So vollzog gegen Ende der 1980er-Jahre auch ein Teil des Bürgertums einen Schwenk hin zu einer Integration in die EU. Das gab dem damaligen Nationalrat und späteren Bundesrat Christoph Blocher mit seiner SVP die Gelegenheit, die Aussenpolitik zum Mobilisierungsfeld für eine reaktionäre Innenpolitik zu machen. Geschickt erkannte er die Mobilisierungskraft historischer Mythen in einer Zeit, in welcher der Nationalstaat im Zeichen der Globalisierung, der Loslösung der multinationalen Konzerne vom

Standort und der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung stetig an Souveränität verliert. So kam es 1992 zur knappen Absage der StimmbürgerInnen an einen EWR-Beitritt. Die Globalisierung leitete eine schleichende institutionelle Krise ein, welche bis heute andauert. So sind wichtige Fragen, wie die Zukunft des Bilateralismus, das Verhältnis von nationalem Recht und Völkerrecht, die Rolle des Nationalstaats, in der fortschreitenden Globalisierung weiterhin offen. Tanner ist beizupflichten, wenn er feststellt, dass es angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen Rechtsangleichung kein Zurück zum souveränen Nationalstaat gibt, wie es heute von Rechtskonservativen und Rechtsextremen europaweit propagiert wird.

Kenntnisreich wird von Tanner die Geschichte des Finanzplatzes der Schweiz im 20. Jahrhundert dargestellt. Es ist die Geschichte des Bankgeheimnisses und dessen Aufhebung, der Rettung der Grossbank UBS und der Veränderungen, die aufgrund des Drucks von aussen vollzogen werden mussten. Weniger ausführlich behandelt werden die Schweizer multinationalen Konzerne wie Nestlé, Novartis, Holcim, Glencore, Syngenta und deren problematisches Geschäftsgebaren vorab in den Ländern des globalen Südens. Tanner führt aus, wie im Zeitalter der Globalisierung nach 1990 die schweizerischen Grosskonzerne als «helvetische Festungen» – mit vinkulierten Aktien und Verwaltungsräten zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der unter sich vernetzten Schweizer Grossbourgeoisie – geschleift wurden. Unter dem heute herrschenden Shareholder-Value-Regime, wo primär die an hohen Aktiengewinnen interes-

sierten Aktionärsgruppen und Spekulanten über das Schicksal von Belegschaften, über Fusionen und Akquisitionen bestimmen, sehnt man sich beinahe nach den «helvetischen Festungen» zurück.

Eines der Hauptthemen, welches Tanners Buch durchzieht, ist das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union. Ein EU-Beitritt wäre nach Tanner eine logische Konsequenz der zunehmenden wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung der Schweiz mit Europa, gleichsam ein Gebot der Vernunft. Angesichts des heutigen Zustands der EU, denken wir etwa an die Behandlung Griechenlands durch seine deutschen «Freunde», ist die Position Tanners zu hinterfragen. Vordringlich ist heute eine europäisch koordinierte Mobilisierung gegen die Abbau- und Austeritätspolitik oder ein neuer Internationalismus zur Durchsetzung von Menschen- und Grundrechten. Das schmälert die Bedeutung von Tanners kenntnisreichem und wichtigem Buch nicht, denn die Schweizer Geschichte darf nicht den rechten Demagogen überlassen werden.

Hans Schächli

Ueli Mäder: **macht.ch**. Geld und Macht in der Schweiz. Rotpunktverlag, Zürich 2015 (512 S.)

Wer hat Macht in der Schweiz, wie zeigt sie sich und wie nehmen die Beteiligten ihren Einfluss wahr? In *macht.ch* geben uns Ueli Mäder sowie die Mitautoren Peter Streckeis, Markus Bossert, Ganga Jey Aratnam und Gian Trepp eine Fülle von Einblicken in die Mechanismen von

Herrschaft und Einfluss in der Schweiz.

Das Buch gliedert sich in zwei Hauptteile. Im ersten Teil geht Ueli Mäder auf Spurensuche nach den Äusserungsformen von Macht, deren zugrunde liegenden Mechanismen oft nicht direkt sichtbar sind. Dabei beleuchtet er exemplarisch die Rolle von Finanzinstituten, Unternehmen, Verbänden, Denkfabriken, Netzwerken, von Behörden und Verwaltungen. In seine Spurensuche verwebt er über 200 Gespräche mit Menschen, die im Zentrum oder an der Peripherie der Macht stehen. Aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten die Gespräche die Mechanismen der Macht und deren Manifestation in der eigenen Lebenswelt. Zahlreiche Medienberichte, Statistiken, Beobachtungen, Beschreibungen aus Romanen sowie Recherchen von Studierenden am Seminar für Soziologie der Universität Basel ergänzen die Untersuchung.

Die theoretischen Bezüge im Buch erschliessen den Machtbegriff mit unterschiedlichen Lesarten. So kann Macht die Chance bedeuten, seinen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, oder Macht kann als Möglichkeit gelesen werden, für die Durchsetzung der eigenen Interessen eine breite freiwillige Gefolgschaft zu finden. Dies führt zur Frage, wie eine Minderheit ihre eigenen Interessen gegenüber einer Mehrheit so vertreten kann, dass diese Interessen schliesslich gesamtgesellschaftlich akzeptiert und gestützt werden. Der Fokus kann sich dabei auf einzelne Institutionen richten, in welchen sich Macht und Einfluss konzentrieren und von Menschen der obersten Hierarchieebene ausgeübt werden. Er kann sich aber auch auf die allgegenwärtige und personenunabhängige Präsenz von Macht

richten: Wie eine dicht über dem Boden wachsende Pflanze – ein Rhizom – breitet sich Macht flächendeckend aus und durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche. Dem Buch liegt somit keine bestimmte Lesart von Macht zugrunde. Anhand verschiedener Beispiele wird induktiv untersucht, wie sich soziale Beziehungen organisieren und welche Machtmechanismen sich darin zeigen.

Die Vielfalt der untersuchten Bereiche, der porträtierten Menschen und der methodischen Zugänge ergibt in der Gesamtschau ein vierteiliges, farbiges und notwendigerweise unvollständiges Puzzle. Zu Wort kommen WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, Beamte, Putzpersonal, Topmanager, ehemalige Bundesräte, eine Campingplatzchefin, Unternehmer, Juristen, JournalistInnen, hochrangige Offiziere, eine Kioskangestellte sowie einige Frauen und viele Männer mehr. Die oft zufällig anmutende Auswahl der Themen und der befragten Personen mag zu Beginn irritieren. Im Verlauf der Lektüre entsteht der Eindruck eines Gesamtbilds, welches aus einer Vielzahl von Aspekten und von Auslassungen besteht. Um das Bild des Rhizoms zu verwenden: Es spielt eine untergeordnete Rolle, welcher Ausschnitt aus dem Rhizom gewählt wird und auf welcher Ebene die Analyse angesiedelt ist, weil in jedem Teil der Bauplan der gesamten Pflanze enthalten ist.

Viele seiner GesprächspartnerInnen kennt Ueli Mäder aus Wissenschaft, Politik oder Vereinen, aus Interviews für frühere Publikationen oder aus der Jugendzeit. Dadurch entsteht eine Nähe in den Gesprächen, welche interessante Einblicke auch hinter die Bühne der Selbstpräsentation öffentlicher Personen erlaubt.

Abschliessend skizziert der Autor Möglichkeiten, wie die Mechanismen der Macht durchbrochen bzw. deren negative gesellschaftliche Auswirkungen sich begrenzen lassen: Soziale Gerechtigkeit durch Anerkennung und Umverteilung, Demokratisierung der Wirtschaft sowie politischer, zivilgesellschaftlicher und in Verbänden organisierter Widerstand stehen im Zentrum seiner Überlegungen.

Ueli Mäder bezieht Stellung. Zuweilen geht dies auf Kosten der Ausgewogenheit, was der Autor jedoch klar deklariert. Er lässt auch Menschen zu Wort kommen, die einseitige Haltungen vertreten. Manchmal werden Widersprüche und Ungereimtheiten thematisiert, manchmal hören die Geschichten aber gerade dort auf, wo unterschiedliche Perspektiven und Ambivalenzen erhellend wären.

Der zweite Teil des Buches enthält vier Fallstudien. Peter Streckeisen untersucht anhand historischer, biografischer und sozioökonomischer Entwicklungslinien das Verhältnis von Bankenaufsicht, Privatbanken und Nationalbank und ihr Ringen um Legitimität. Er zeigt auf, wie sich im Lauf der politischen Entwicklung das Selbstverständnis dieser Institutionen und damit die Auswahlkriterien für die entsprechenden Führungspositionen ändern. Gian Trepp beleuchtet die Rolle der Nationalbank nach der Finanzkrise sowie die politischen Auswirkungen ihrer Geld- und Währungspolitik. Ganga Jey Aratnam untersucht, wie sich im Kanton Zug seit Mitte des 20. Jahrhunderts ausgehend vom Rohstoffhandel ein Geflecht von Zuliefer- und Beratungsfirmen, Informatik- und Finanzdienstleistungen, Anwaltskanzleien und gemeinnützigen Stiftungen

ausbreitete. Im Geflecht dieses «Commodity Hub» sind auch Politik, Verwaltung, Kirche und Parteien eingewoben. Der Autor zeigt, wie die Linksparteien eine Gegenmacht zum grössten Zuger Rohstoffunternehmen Glencore bildeten, jedoch gleichzeitig zu dessen Machtstabilisierung beitrugen. «Machtauswüchse werden beseitigt, aber das Rhizom bleibt erhalten» (S. 414), schreibt der Autor in seinem spannenden Kapitel. Die fünfte Fallstudie von Markus Bossert befasst sich mit der wirtschaftlichen und politischen Funktion des Schweizerischen Gewerbeverbands als Interessenvertreter der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die 99,8 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz ausmachen.

Im Schlusskapitel zur Macht des ökonomischen Denkens zeigt Peter Streckeis, wie mit der Globalisierung der Ökonomie auch eine Globalisierung der ökonomischen Theorien einherging, die schliesslich in eine weltweite Vormachtstellung der Ökonomie mündete. Hinzu kommt die Wirkmächtigkeit der «normativen Kraft des Praktischen», d. h. der Managementtheorien, die dazu beiträgt, dass sich die ökonomische Logik auch auf andere Bereiche wie z. B. Gesundheits- oder Bildungswesen ausbreitet.

Das Machtphänomen ist so umfassend, dass auch auf 500 Seiten selbstverständlich vieles nicht thematisiert werden kann. Das Buch ist jedoch interessant zu lesen und regt zu Folgeüberlegungen an. Weiterführend könnten die Bedingungen untersucht werden, unter denen Machtprozesse durch das Zusammenspiel aller Beteiligten in Gang gesetzt und aufrechterhalten werden. Nach Michel Crozier und Erhard Friedberg wirken Menschen auf die Handlungen

anderer ein, indem sie die Unbestimmtheit einer sozialen Situation nutzen. Gemäss den beiden Autoren bedeutet Macht die «Kontrolle von Ungewissenszonen», die sich nicht für sich allein, sondern erst in der Beziehung zwischen den AkteurInnen manifestiert. Weiter bieten sich Überlegungen von Erving Goffman zur «institutionellen Reflexivität» an, mit der sich Machtmechanismen in den Geschlechterverhältnissen privat und im Konsens der Beteiligten reproduzieren und auf die Institutionen zurückwirken.

Anregend ist das Buch durch die Erkenntnisse, aber auch durch die Ungeheimheiten, Widersprüche und Ambivalenzen. Und nicht zuletzt verweist das Buch auf die Frage, was Macht mit einem selbst zu tun hat. Gerade im soziologischen Mikrobereich, der eigenen Lebenswelt, zeigen sich Machtmechanismen, denen wir uns als Lesende nicht einfach mit der Aussage entziehen können, dass wir nicht zu «denen da oben» gehören.

Elisa Streuli

augenauf (Hg.): **dem einfach etwas entgensetzen**. 20 Jahre Menschenrechtsarbeit in einem selbstgefälligen Land. Eigenverlag, Bern 2015 (260 S.)

Am 29. März 2014 bewachten 1200 PolizistInnen den leeren Bundesplatz. Dies, obwohl die angekündigte Demonstration «Stopp Kuscheljustiz» sowie linke Gegenproteste abgesagt worden waren. Nichtsdestotrotz wurden Hunderte Unbeteiligte gefilmt, Dutzende kontrolliert, 31 weggewiesen und 58 in einen Festhal-

terraum gebracht. 2008 wurde A. K. aus Liberia, der über neun Monate in Solothurn in Ausschaffungshaft sass, Opfer eines polizeilichen Übergriffs. Seit 2000 leidet eine junge Irakerin unter Fertilitätsproblemen, weil die Angestellten des Empfangs- und Verfahrenszentrums Chiasso damals ihren Gesundheitszustand nicht ernst genommen haben. Am 2. Mai 2013 beging der Tunesier Moncef S. kurz vor seiner bevorstehenden Abschiebung Selbstmord.

Dass es sich bei diesen Beispielen keinesfalls um historisch kontingente Einzelfälle handelt, sondern um Elemente einer langjährigen Entwicklung eines repressiven Asylwesens und Polizeiapparates, zeigt die Ende 2015 erschienene Jubiläumspublikation zum 20-jährigen Bestehen der Menschenrechtsorganisation augenauf. Das umfangreiche und präzise recherchierte Buch dokumentiert ein Stück Schweizer Geschichte und Realität – und rekonstruiert gleichzeitig viel mehr als die (eigene) Geschichte des Widerstands gegen «Einzelfälle» von Polizeigewalt, staatlicher Willkür und Disziplinierung: Die 26 AutorInnen schaffen es auf 260 Seiten, den Zusammenhang von solchen Einzelfällen und gesellschaftlicher Struktur sichtbar zu machen. Entstanden ist ein dichtes Kompendium, ein beeindruckendes Zeitdokument der Schweizer Sicherheits- und Migrationspolitik, die in den letzten Jahren immer weiter verschärft wurden. Ebenso dokumentiert es die ausserparlamentarische Menschenrechts- und Grundrechtsarbeit, die immer wieder unter Beschuss steht.

Die AutorInnen rekonstruieren sechs Arbeitsfelder aus zwanzig Jahren augenauf-Arbeit: Ausschaffungen und Zwangsmassnahmen im Asyl- und Aus-

länderrecht; Familienpolitik im Flüchtlings- und Migrationsbereich; die prekäre Unterbringungssituation von Asylsuchenden und Weggewiesenen; Polizeigewalt; Kontrolle des öffentlichen Raumes und Repression bei Demonstrationen. Als Einstieg und historischer Kontext dient ein Interview mit Gründungsmitgliedern aus Zürich, Basel und Bern, abgerundet wird das Buch mit einem Rück- und Ausblick zur Situation in Bern. Ergänzt wird die Publikation mit einer Liste von Todesfällen und versuchten Suiziden in Asylunterkünften, Ausschaffungsgefängnissen oder Strafanstalten sowie einer Auflistung der Unterbringungssituation von Asylsuchenden. Über das Buch verteilt finden sich Gedichte, Fotografien, historische Quellen, Testimonials befreundeter AktivistInnen und Unterstützender sowie Kästen, die Hintergrundinformationen beleuchten oder aktuelle Beispiele aufnehmen.

Diese Buchstruktur zeigt zwar die Vielfalt des Engagements und würdigt die wichtige Arbeit, erschwert der Leserin ob der Fülle des Inhalts und der Dichte des Layouts aber den Lesefluss. Hier wäre weniger teilweise mehr gewesen – oder anders formuliert: Genutzt als Nachschlagewerk oder gelesen in einzelnen Abschnitten lassen sich die Inhalte des Buches übersichtlicher fassen und leichter verstehen. Dies mindert aber keineswegs den Gewinn von der beträchtlichen inhaltlichen Fülle der Publikation. Sämtliche Beiträge sind präzise recherchiert und dokumentiert, der Informationsgehalt der dichten Kapitel ist immens.

Der Beitrag über Ausschaffungen etwa befasst sich mit einer Vielzahl von Beispielen, welche die Spannweite der schweizerischen Ausschaffungsmaschi-

nerie zeigen. Eine Zäsur markiert das Jahr 1999, als der 27-jährige Khaled Abuzarifa während seines Ausschaffungsversuches erstickte. In der Folge forderte augenauf unter anderem eine parlamentarische Untersuchungskommission zur Aufklärung seines Todes. Kantonale ParlamentarierInnen aus Bern und Zürich schalteten sich ein, um von den zuständigen Exekutivmitgliedern Antworten auf die nun brennenden Fragen zu erhalten. Dies zeigt exemplarisch, dass sich die Arbeit der Menschenrechtsorganisation auch in einem Spannungsfeld zwischen Aktivismus und institutionalisierter Politik bewegt: Sie schliesst eine Lücke, wo staatliche Instanzen versagen, und schlägt gleichzeitig eine Brücke zur institutionalisierten Politik. Dass augenauf dadurch auch ins Visier der nationalen Rechte rückt, überrascht daher nicht. In einer Aktion hatten augenauf-AktivistInnen Hunderte von Handys auf ihre Namen registriert. Diese wollten sie Flüchtlingen zugänglich machen, denen Mobiltelefone verwehrt blieben. Daraufhin stellte etwa der damalige SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer in einer – wohl ernst gemeinten – Anfrage an den Bundesrat die Frage, ob augenauf Bundesgelder beziehe.

Dass das Grundrecht auf Schutz der (heterosexuellen) Familie ein Recht ist, das Menschen mit Schweizer Pass vorbehalten bleibt, zeigt das Kapitel über Familien- und Kinderpolitik im Flüchtlings- und Migrationsrecht. Dokumentiert wird etwa ein Beispiel eines jungen Somaliers, dessen Abschiebung durch die Schweizer Behörden in Kauf genommen wurde, obwohl in seinem Heimatland KindersoldatInnen rekrutiert werden. Das Kapitel, das vielgestaltige Beispiele von der Verletzung des Rechts auf

Familienleben aufführt, belegt anschaulich, dass der Fokus der Schweizer Behörden bei weitem nicht beim persönlichen Wohl, sondern beim rechtlichen Status von Eingewanderten und Flüchtlingen liegt. Damit wirken sie einer grund- und menschenrechtlichen Asylpolitik diametral entgegen.

Dass die augenauf-Arbeit aber nicht nur davon geprägt ist, öffentlich zu machen, was sich im Versteckten abspielt, sondern auch öffentliche Ereignisse zu skandalisieren, zeigen insbesondere die Kapitel über Polizeigewalt und Repression. Rekonstruiert werden die schleichende und fortschreitende Aushöhlung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit sowie die Abschreckungsversuche seitens offizieller Stellen. Dass etwa jüngst in Bern eine etwas breiter geführte Debatte über fehlbare Polizisten und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit geführt wird und in dieser Diskussion der Ruf nach einer unabhängigen Beschwerdestelle immer lauter wird, ist auch der Hartnäckigkeit von augenauf zu verdanken.

Das Buch gehört nicht (nur) ins Bücherregal – es muss gelesen werden! Das kluge und wichtige Werk zeigt die Fehlbarkeit offizieller Institutionen im Allgemeinen und des staatlichen Polizei- und Asylwesens im Besonderen. Deshalb gehört es auf die Lektüreliste jeder kritischen Zeitgenossin und jedes politisch interessierten Menschen. Gerade Sicherheits- und MenschenrechtspolitikerInnen können viel daraus lernen. Bedingung ist allerdings, sich auf eine unangenehme und unbequeme Geschichte und Gegenwart einzulassen.

«Hinschauen, wo es weh tut» (S. 7), so beschreibt Isolde Schaad im Vorwort eine Kerneigenschaft von augenauf. Das

Buch zeigt, dass es in der schweizerischen Migrationspolitik und Grundrechtsarbeit an vielen Stellen kränkelt; dass es auch wehtut, wenn keine eindeutige Diagnose auszumachen ist oder sich die Blicke abwenden – dass es vor allem aber gerade dann schmerzt, *wenn* man hinschaut.

Die Würdigung des Buches kann von der Würdigung der Arbeit und des Engagements der augenauf-AktivistInnen nicht getrennt werden: augenauf schaut nicht nur hin, dokumentiert und interviert, sondern setzt sich gerade dadurch für die konsequente Umsetzung der Grund- und Menschenrechte ein. Davon zeugt das Buch eindrücklich, auch wenn sich die Historikerin bei der Lektüre bisweilen präzisere Quellenangaben oder Erläuterungen gewünscht hätte, damit die vielen Fallbeispiele besser nachvollziehbar und kontextualisiert sind.

Als «menschenrechtliches Gaffa-Tape» (S. 85), das eingesetzt werden kann, wenn nichts mehr funktioniert, beschreibt Moreno Casasola von der Freiplatzaktion Basel die Aktionsform der Menschenrechtsorganisation. Zwar könnte in diesem sinnbildlichen Zusammenhang der Verdacht der «Pflästerlipolitik» aufkommen, denn «ein falsches System [kann] nicht einfach verbessert werden» (S. 50). Doch das Problem ist nicht die Aktionsform, sondern der immense gesellschaftspolitische Machtapparat, das Scheitern der institutionalisierten Politik und die reaktionäre Politik der nationalen Rechten. Denn am staatlichen Gefüge zu kratzen, den Zusammenhang von Einzelfällen und gesellschaftspolitischer Struktur aufzuzeigen, dies öffentlich gegen aussen zu tragen und zu skandalisieren ist das Ge-

genteil von Kaschieren und Verbergen: unentbehrliche Menschenrechtspolitik, die Unsagbares und allzu oft Verschwiegenges sichtbar und sagbar macht. In diesem Sinne: Vergesst die Pflaster, nehmt das Gaffa-Tape!

Leena Schmitter

Eva Nadai / Alan Canonica / Martina Koch:
... und baute draus ein grosses Haus.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit zur Aktivierung von Erwerbslosen. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2015 (266 S.)

Gedichte sind in der empirischen Sozialforschung, so scheint es, fehl am Platz. Doch liessen sich die AutorInnen dieses Buchs von Christian Morgenstern inspirieren: «Es war einmal ein Lattenzaun, mit Zwischenraum, hindurchzuschauen. / Ein Architekt, der dieses sah, stand eines Abends plötzlich da – / und nahm den Zwischenraum heraus und baute draus ein grosses Haus. / Der Zaun indessen stand ganz dumm mit Latten ohne was herum, / ein Anblick grässlich und gemein. Drum zog ihn der Senat auch ein. / Der Architekt jedoch entflohnach Afri- od Ameriko.»

Der Zusammenhang zwischen Dichtung und Forschung erschliesst sich bei der Lektüre des Buchs. Es geht um die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) im schweizerischen Sozialstaat. Dieser ist ein historisch gewachsenes, in sich nur begrenzt kohärentes Gebilde. Zwischen den verschiedenen Einrichtungen des Sozialstaates bestehen oft beklagte Lücken (oder Zwischenräume), aus denen die IIZ-ArchitektInnen ein neues

Haus zu bauen versuchen. Im Zentrum steht dabei die Kooperation zwischen der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Sozialhilfe; manche IIZ-Projekte beziehen ausserdem die Bereiche Berufsbildung und Migration mit ein. Die in den letzten zehn Jahren entstandene IIZ-Praxis reagiert auf die Thematisierung spezifischer Probleme im Bereich der Arbeitsintegration: Die Rede ist vor allem von «Drehtüreffekten» (Personen werden von einer Einrichtung zur nächsten weitergereicht) und «Doppelspurigkeiten» (mehrere Institutionen kümmern sich unkoordiniert um dieselbe Person bzw. um dasselbe Problem).

Die Entwicklung von IIZ liegt an der Kreuzung zweier unterschiedlicher Problematisierungen: Auf der einen Seite sorgt die Hinwendung zur Aktivierungspolitik dafür, dass staatliche Massnahmen zur Arbeitsintegration erwerbsloser Personen forciert und systematisiert werden. Auf der anderen Seite führt der Trend zur Ökonomisierung des Sozialen, der den Staat einem permanenten ökonomischen Tribunal (Foucault) unterstellt, zur Suche nach Effizienzsteigerungen in allen Handlungsfeldern. Im besten Fall, so der Gedanke hinter IIZ, lässt sich durch eine bessere Kooperation zwischen den Institutionen des Sozialstaats sowohl die Aktivierung der Erwerbslosen optimieren als auch die Effizienz staatlichen Handelns steigern. Der Tragweite von IIZ waren allerdings von Beginn an deutliche Grenzen gesetzt. Zum einen wurde an den rechtlichen Grundlagen der einzelnen sozialstaatlichen Einrichtungen nichts geändert, so dass diese weiterhin nach unterschiedlichen Logiken funktionieren und die Kooperation stark vom guten Willen der

beteiligten Akteure abhängt. Zum anderen war IIZ von Anfang an mit einem Fokus auf wenige Ausnahmefälle konzipiert: Es sollten Formen der Kooperation entwickelt werden, um spezifisch Personen mit einer «komplexen Mehrfachproblematik» (sowohl berufliche als auch soziale und/oder gesundheitliche Probleme) in den Arbeitsmarkt zurückzubringen.

Das Buch beruht auf einem durch den Schweizerischen Nationalfonds geförderten Forschungsprojekt, das sich an der Methode der «institutionellen Ethnographie» orientiert. Das Konzept benennt eine Forschungspraxis, die Institutionen sowohl durch direkte Beobachtung vor Ort als auch mithilfe von Interviews sowie Dokumentenanalyse zu erforschen strebt. Eine wichtige Dimension der Untersuchung liegt in der Rekonstruktion und Analyse einer «Informationsinfrastruktur», die sich in auf den ersten Blick unscheinbaren Dokumenten wie behördlichen Merkblättern oder Formularen materialisiert und die institutionelle Alltagspraxis wesentlich prägt. IIZ wird im föderalistischen Kontext von Kanton zu Kanton unterschiedlich in die Praxis umgesetzt. In der vorliegenden Studie wurden zwei kantonale Fallstudien durchgeführt: Bei «Matrix» handelt es sich um ein geradezu muster-gültiges Modell der Kooperation mit «fliegenden Teams», während das «Zentrum Berufliche Eingliederung» fast nur dem Namen nach etwas mit IIZ zu tun hat: Es handelt sich um eine spezialisierte Einrichtung, die sich sehr einseitig der Arbeitsintegration verschreibt. Die Untersuchung bringt die «Unterstützungskarrieren» von 14 Erwerbslosen zum Vorschein, von denen einige vertieft analysiert werden.

Die ForscherInnen gelangen zum Ergebnis, dass sich die institutionellen Abstimmungsprobleme und Komplexitäten durch IIZ keineswegs zum Verschwinden bringen lassen, im Gegenteil: Nicht selten erzeugen die Kooperationsprojekte neue institutionelle Probleme. Darüber hinaus ändert sich an der konkreten Arbeit mit den Erwerbslosen und Armutsbetroffenen wenig. Meistens nehmen die Leistungsbeziehenden die IIZ als solche denn auch gar nicht wahr: Für sie ist die Qualität der Beziehung zu den fallführenden Angestellten des Sozialstaats entscheidend. Evaluationsstudien zeigen überdies, dass IIZ weder die Arbeitsmarktintegrationschancen erhöht noch die «Unterstützungskarrieren» verkürzt, noch die Staatsausgaben senkt. Angesichts dieser ernüchternden Realitäten ist es bemerkenswert zu beobachten, wie der «Bau des grossen Hauses» als Erfolg beschrieben und weiter vorangetrieben wird, etwa durch die Einsetzung eines nationalen IIZ-Steuerungsgremiums seit November 2010. IIZ ist zu einem «Rationalitätsmythos» geworden, zu einem flexiblen und variablen organisationalen Muster, für dessen Rechtfertigung «scharfsinnige Erklärungen» vorliegen, die «empirisch nicht verifiziert werden können und trotzdem weiterhin geglaubt werden» (S. 227). Anders gesagt: Wer sich (wie jener im Buch zitierte IV-Stellen-Leiter) heute gegen die Notwendigkeit der Kooperation zwischen den verschiedenen Einrichtungen des Sozialstaats ausspricht, wird nicht mehr ernst genommen.

Ein empirisch gesättigtes, konzeptuell überzeugendes und politisch ebenso kluges wie kritisches Buch. Als Ergänzung zur Lektüre sei der Dokumentarfilm *Assessment* von Mischa Hedinger

(2013) empfohlen, der Einblicke in IIZ-Assessmentgespräche gibt, die gerade deshalb so eindrücklich sind, weil der Regisseur bewusst darauf verzichtet hat, sie im Einzelnen zu kommentieren.

Peter Streckeisen

MultiWatch (Hg.): **Schwarzbuch Syngenta**. Dem Basler Agromulti auf der Spur. Edition 8, Zürich 2016, im Erscheinen (320 S.)

Nach Büchern über die Konzerne Glencore und Holcim legt MultiWatch dieses Frühjahr das *Schwarzbuch Syngenta* vor. Es entstand 2015 im Kontext der Kampagne gegen die Präsenz des Agromultis an der Weltausstellung in Mailand und des ersten Basler «March against Monsanto and Syngenta». Das Werk ist eine Kollektivarbeit der Basler MultiWatch-Gruppe und wird mit Gastbeiträgen von Vandana Shiva, Miguel Altieri, Florianne Koechlin und weiteren Syngenta-KritikerInnen ergänzt. Das junge Basler Team Origami Design gestaltete ein grafisch aufregendes Buch. Das *Schwarzbuch Syngenta* erscheint gleichzeitig als E-Book in englischer Sprache.

Der erste Teil enthält Einzelbetrachtungen von Konflikten mit Syngenta in Brasilien, Paraguay, Hawaii, Pakistan, Indien und Afrika. Der Multi wurde beispielsweise in Brasilien im Herbst 2015 verurteilt. Grund dafür war die acht Jahre zurückliegende Ermordung von Valmir Mota de Oliveira – bekannt als Keno, ein Aktivist der Landlosenbewegung – durch eine von Syngenta beauftragte Sicherheitsfirma. Marianne Spiller betreibt seit Jahren ein bäuerliches Hilfs-

projekt in der Region und schildert kenntnisreich die Hintergründe des Mordes und die sozialen Konflikte um die Testfelder Syngentas. Elizabeth Bravo aus Ecuador erklärt, wie Syngentas Gentech-Saatgut und Pestizide mit dem Soja- und Maisanbau in Lateinamerika für den Weltmarkt zusammenhängen. Ein weiterer Artikel behandelt die Entlassung des Präsidenten der Betriebsgewerkschaft in Pakistan. MultiWatch beklagt zu Recht, dass wir bis heute kaum Einsicht in die Arbeitsbedingungen in den chemischen Fabriken Syngentas und ihrer Zulieferer in China haben.

Die reportageartigen Einblicke in das Geschäftsgebaren Syngentas im globalen Süden sind spannend zu lesen, verzichten aber weitgehend auf eine politische und sozioökonomische Hintergrundanalyse. Die AutorInnen kritisieren etwa, dass Syngenta sich in Pakistan nicht an Gerichtsurteile hält, fragt aber nicht, weshalb die pakistanischen Behörden ihre Gesetze nicht gegen Syngenta durchsetzen. Dass Syngenta einen Standort in Pakistan unterhält, hängt gerade mit der weitgehenden Rechtsfreiheit für die Konzerne zusammen. Allerdings waren in Pakistan im Jahr 2013 73,8 Prozent der Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft beschäftigt. Gleichzeitig bezahlten nur ca. zwei Prozent der Bevölkerung Steuern. Die Exporte Pakistans nehmen ab und die Staatsschulden sind auf Rekordniveau. Es sind solche Bedingungen, welche den Handlungsspielraum des Staatsapparates – falls er denn gewillt ist zu handeln – gegenüber Multis wie Syngenta einschränken.

Im zweiten Teil wirft das AutorInnen-Team einen Blick hinter die Kulissen und schildert den Basler Agromulti, seine

Produkte, sein Aktionariat und seine Geschichte. Wie bei anderen transnationalen Unternehmen sind Mergers & Acquisitions bei Syngenta Normalzustand und Quelle zusätzlicher Profite. Syngenta ist ein Beispiel, an dem sich die Entwicklung vom Multi der 1960er-Jahre zum transnationalen Konzern (TNC) deutlich zeigen lässt. Fast macht es bei Syngenta den Anschein, das operative Agrochemie- und Biogentechnik-Geschäft sei nur noch ein Vorwand für das für die Aktionäre viel lukrativere Mergers & Acquisitions-Geschäft und der Basler Hauptsitz gehöre eher zur Finanz- als zur Chemiebranche. Diese neuen Elemente sind im Schwarzbuch allerdings noch nicht explizit herausgearbeitet.

Das Kapitel «Agribusiness und Krieg» analysiert die enge Beziehung zwischen Agrochemie und Krieg. Viele Insektizide stammen aus dem Giftkrieg des Ersten Weltkriegs. Das tödliche «Agent Orange», das die US-Truppen in Vietnam einsetzten, wurde nicht nur von Monsanto produziert, sondern auch von Syngentas britischem Vorläufer, der Imperial Chemical Industries. Weiter gehen die AutorInnen anhand des «Greenwashing», dem «Grünen Kapitalismus» und einem offenen Malthusianismus auf Syngentas Ideologie ein. Mit allen Mitteln lobbyiert der Konzern in Brüssel und Washington. Die Zürcher Studierenden der Gruppe kriPo zeigen die Einflussnahme des Multis auf die ETH und andere Universitäten. Die Basler AktivistInnen gehen schliesslich der Frage nach, wie die Basler Regierung dazu kommt, Syngenta an die Weltausstellung in Mailand einzuladen. Gibt es eine unheilige Allianz zwischen dem Multi und der Basler Regierung?

Die Heterogenität der MultiWatch-Gruppe scheint immer wieder durch. Be-

wusst entschied sie sich, verschiedene Konzeptionen des Staats- und Herrschaftsverständnisses sowie der Begriffe industrielle Landwirtschaft und Kapitalismus zuzulassen. Leider wirkt dies teilweise inkohärent. Jedoch ist es gelungen, mittels einzelner Spotlights interessante Einblicke in Syngentas Aktionärsstruktur und Konzernführung zu vermitteln. Die neuste MultiWatch-Publikation liefert damit wichtige Grundlagen für das Verständnis der Funktionsweise von transnationalen Konzernen. Viele Bereiche des Konzerns und seiner Beziehungen zu Regierungen bleiben aber leider im Dunkeln. MultiWatch hat den Basler Multi auch erst seit kurzem auf der Watchlist.

Nach einer solidarischen Grussbotschaft von Vandana Shiva gehen die AutorInnen auf die Suche nach dem Widerstand gegen Syngenta. Sie finden ihn vor allem in der internationalen Bauernorganisation La Via Campesina und der brasilianischen Landlosenbewegung MST, in der von César Chávez gegründeten US-amerikanischen Landarbeitergewerkschaft United Farm Workers und der Bewegung March against Monsanto. MultiWatch sympathisiert mit allen diesen Bewegungen, ohne ihre unterschiedliche soziale Strukturierung klarzumachen.

Das Buch thematisiert zwar ausführlich die prekären Arbeitsbedingungen in den Fabriken Syngentas, kann aber wenig über Widerstand berichten. Dafür fehlt eine konkrete Utopie für den emanzipatorischen Kampf gegen die Agromultis. Eine solche müsste weiter gehen als das Vermitteln des diffusen Konzepts der Ernährungssouveränität. Wenn nicht nur landwirtschaftlich Beschäftigte angesprochen werden sollen, sondern

die Mehrheit der Gesellschaft das Ziel ist, wäre es dem Schwarzbuch gut bekommen, die unterschwellige KleinbäuerInnenromantik abzustreifen. Was bedeutet Ernährungssouveränität für die ChemiarbeiterInnen von Pakistan bis Monthey? Die marxsche Utopie der Überwindung der Arbeitsteilung von Stadt und Land wartet auf die Wiederentdeckung.

Das Buch endet mit dem Aufruf, aus dem jährlich stattfindenden «March against Monsanto» auch einen «March against Syngenta» zu machen. Das *Schwarzbuch Syngenta* wird auf der Strasse weitergeschrieben. Der nächste «March» findet am 21. Mai 2016 in Basel statt.

Ueli Gähler / Michael Wepf

Bettina Dyttrich / Giorgio Hösli: **Gemeinsam auf dem Acker.** Solidarische Landwirtschaft in der Schweiz. Rotpunktverlag, Zürich 2015 (285 S.)

Bettina Dyttrich beschreibt in *Gemeinsam auf dem Acker* verschiedene Formen der solidarischen Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Kontext. Das Buch ist mit 285 Seiten handlich und wegen der vielen Bilder und der luftigen Gestaltung viel zu schnell verschlungen. Giorgio Hösli, selbst in und um die Land- und Alpwirtschaft als Senn, Publizist und Fotograf tätig, untermalt die im Buch beschriebenen Projekte und Menschen fotografisch. Die Bilder verleihen den Ideen und Porträts Tiefgang. Ausdruckstark wird die ortsspezifische Stimmung aufgenommen und vermittelt. Die porträtierten Menschen prägen

ihre Umwelt, werden von dieser aber auch selbst geprägt. Die Bilder passen denn auch geschmeidig zum Text der Redaktorin der *WOZ Die Wochenzeitung* und Landwirtschaftsaktivistin Bettina Dyttrich. Sie vermag es, in klarer Sprache auch Laien komplexe Sachverhalte zu vermitteln – fachlich immer korrekt, nie simplifizierend oder gar polemisch, wenngleich ein klarer Standpunkt der Autorin spürbar ist.

Der erste Teil widmet sich unterschiedlichen theoretischen Konzepten, Leitgedanken und engagierten Menschen und Organisationen, welche für die Etablierung solidarsicher Landwirtschaftsprojekte bedeutend waren und sind. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit kollektiver Landnutzung in der Schweiz werden kurz erläutert. In einem lesenswerten Interview mit P. M. (*bolo'bolo*) wird die regionale Vertragslandwirtschaft gedanklich in gemeinschaftliche Wohn- und Arbeitsprojekte eingebettet.

Im zweiten, umfangreichsten Teil wird eine Vielfalt an Projekten in verschiedenen (Sprach-)Regionen vorgestellt. Mit fragmentartigen Interviews und vielen Zitaten wird den Menschen und ihren Gedanken sehr viel Raum zugestanden. Die Autorin konzentriert sich vor allem darauf, Zusammenhänge zu erläutern.

Im dritten und letzten Teil werden Fragen rund um den Einstieg in die solidarische Landwirtschaft beantwortet und in knackigen zwanzig Seiten Interessierten die Angst vor den grössten Einstiegshürden genommen.

Elementare Fragen, die in solidarischen Projekten, nicht nur in landwirtschaftlichen, stetig diskutiert werden, nimmt Dyttrich auf und beleuchtet die

Entscheidungen der jeweiligen Gruppen. Les Jardins de Cocagne im Kanton Genf (das erste derartige Projekt in der Schweiz, das seit 1978 existiert) hat sich bei 400 Abonnements bewusst gegen weiteres Wachstum entschieden. Um nicht in die «Anonymität abzugleiten» (S. 53), wollen sie eher Neugründungen anderer Projekte unterstützen. Demgegenüber will die Genossenschaft Agrico in Therwil (BL) ihren heutigen Verkauf von 2000 Gemüsetaschen bis 2020 mehr als verdoppeln (S. 180). Auch in Fragen der Betriebsorganisation, der Nutzung von heizbaren Gewächshäusern oder der Beteiligung von GenossenschaftlerInnen im Betrieb positioniert sich die Agrico anders als die Mehrzahl der beschriebenen Projekte. So bezeichnet der Betriebsleiter ihren Umgang mit Technik als «pragmatisch» (S. 178). Bei Bedarf wird auch in teure, «modernere» Landtechnik investiert. Ortoloco in Dietikon (ZH) hingegen macht aus dem Pflügen einen Gemeinschaftsanlass, indem sie auf die «Spatenbrigade» setzt, bei der die GenossenschaftlerInnen zu Dutzenden mit Handspaten den Boden umstechen. Bei Les ares et vous in Choulex (GE) werden dagegen neben der Handarbeit auch Esel als Zugtiere eingesetzt (S. 56).

Im Verlaufe des Buches wird klar, wo Dyttrichs Herz in den jeweiligen Fragen schlägt. Wenn sie etwa die auf Effizienz getrimmten Arbeitsabläufe und die Haltung zu «moderner ökologischer Landwirtschaft» auf dem Birsmatthof der Agrico (S. 178f.) oder die exakt nach Preis abgerechneten Abos des Vereins Soliterre in der Region Bern (S. 199) beschreibt, schimmert die Aktivistin Dyttrich zwischen den Zeilen durch. Dies steht etwas im Kontrast zu der ansonsten objektiven Haltung der Autorin.

Eine Qualität dieses Buches und gleichzeitig das Schöne an der Landwirtschaft ist: Es hängt alles irgendwie zusammen. Und vor allem: Es ist so direkt (be)greifbar. So werden der Umgang mit endlichen Ressourcen, Biodiversitätsförderung, Tierwohl, Bodenschutz, Raumplanung usw. von der Autorin geschickt mit sozialen und ökonomischen Fragen verknüpft.

Daraus die Lösungen für die grossen Fragen abzuleiten, ist hingegen schwierig. Ob bei Ortoloco nun Wissen vermittelt wird für eine Postwachstumswirtschaft (S. 85), geht aus dem Buch nicht hervor. Der Betrieb ist basisdemokratisch organisiert, durch die GenossenschafterInnen und deren Betriebsgruppe, welche wiederum landwirtschaftliche Fachkräfte anstellt. Zwei Drittel der Arbeit werden durch GenossenschafterInnen unbezahlt geleistet (S. 83). Dadurch bleibt das Gemüse preiswert, obwohl die Produktivität sehr tief ist. Doch das können sich die GenossenschafterInnen nur leisten, weil sie sich durch produktivere, d. h. besser bezahlte Erwerbsarbeit die dafür notwendige Freizeit erarbeiten. Die Frage, ob sich dieser Ansatz so auf die Erfüllung der restlichen menschlichen Grundbedürfnisse anwenden liesse, eröffnet eine neue Debatte.

Auch wird es komplizierter, wenn es um mehr als Gemüse geht, wie Dytrich richtig festhält (S. 22). Tierhaltung, Ackerbau oder die Produkteverarbeitung bedingen Professionalisierung, was die Beteiligung der GenossenschafterInnen schwierig macht. Das Projekt eines solidarischen Supermarktes mit Bäckerei, Molkerei und Metzgerei in Meyrin (GE), an dem Vertragslandwirtschaftspionier Reto Cadotsch zurzeit

tüftelt, bietet dahingehend neue Perspektiven (S. 60).

Spannend wäre zudem ein Bezug zu historischen landwirtschaftlichen Genossenschaften gewesen, wie es sie zur Nutzungsregelung von Allmenden oder zur bäuerlichen Selbsthilfe gab – und ad absurdum geführt wurden.

Die auf dem Buchumschlag angepriesenen «praktischen Tipps» für den Start eines eigenen Projekts sind vor allem für Personen mit Fachwissen nützlich. Für AnfängerInnen gibt das Buch hingegen bestenfalls etwas Orientierung im Landwirtschaftsdschungel. *Gemeinsam auf dem Acker* bietet Eindrücke, wie solidarisches Wirken auf dem Acker aussehen kann. Es ist allen zu empfehlen, die sich in irgendeiner Weise mit Projekten des solidarischen Wirtschaftens oder der ökologischen Erzeugung von Lebensmitteln auseinandersetzen.

Sebastian Ineichen

Ludwig Gasteiger / Marc Grimm / Barbara Umrath (Hg.): **Theorie und Kritik**. Dialoge zwischen differenten Denkstilen und Disziplinen. Transcript Verlag, Bielefeld 2015 (317 S.)

Das Konzept des Sammelbandes *Theorie und Kritik* geht auf eine Tagung in Augsburg im Herbst 2013 zurück und versammelt Beiträge von Doktorierenden und Postdocs, die sich mit der Frage beschäftigen, wie ein angemessener Umgang mit der Pluralität von Theorien in den Geistes- und Sozialwissenschaften aussehen kann. Die Beiträge thematisieren damit eine wenig beleuchtete Fragestellung, denn während es in wissenschaft-

lichen Arbeiten üblich ist, verschiedene Theorien entweder zu verbinden oder abzulehnen, wird die eigene theoriepolitische Positionierung im wissenschaftlichen Feld selten explizit reflektiert. Den HerausgeberInnen geht es daher um die bewusste Reflexion von «Theoriepolitik» und von «Strategien der Rekonstruktion von Theorie» (S. 36). Ausgangspunkt des Sammelbandes ist dabei «die Annahme, dass die Pluralität theoretischer Angebote nur dann produktiv werden kann, wenn statt einer Beliebigkeit des unvermittelten Nebeneinanders ein Dialog über die Möglichkeiten und Grenzen von Theorie und Kritik zwischen den Theorietraditionen und Disziplinen geführt wird» (S. 34). Als zentrale Aufgabe und als Gewinn einer derart dialogischen Theoriebildung erachten die HerausgeberInnen «die Möglichkeit eines vertieften Verstehens des «Eigenen» mit Hilfe des «Fremden» und «Anderen»» (S. 35). Sie kritisieren jene Theoriepolitiken, die ScheingegnerInnen konstruieren oder relevante Aussagen anderer Theoriezusammenhänge unerwähnt lassen. Demgegenüber plädieren sie dafür, die jeweiligen Theorien präzise zu verstehen und sie in ihren Differenzen anzuerkennen.

In der Einleitung werden zahlreiche zeitdiagnostisch interessante Überlegungen angestellt. Leider sind diese teilweise sehr ausufernd und nicht stringent, was die Lektüre streckenweise mühsam gestaltet. Die HerausgeberInnen entwerfen hier drei Hintergrundfolien, um die Beiträge in einen übergreifenden Zusammenhang einzuordnen. *Erstens* beleuchten die HerausgeberInnen die historisch und gesellschaftlich bedingte Bedeutung von Theorie und Wissenschaft. Sie verdeutlichen einerseits, dass Wissenschaft ein kritisches

Potenzial hat. Exemplarisch ziehen sie hierzu Galileo Galileis Theorie zum heliozentrischen Weltbild heran, die sich gegen das von der katholischen Kirche verfochtene geozentrische Weltbild stellte. Diese Theorie war somit im 16. Jahrhundert eine kritische Intervention in die Vorherrschaft der katholischen Kirche. Andererseits verweisen sie darauf, dass sich die Wissenschaft in der Folge als System entwickelte, das der Fähigkeit zur (Gesellschafts-)Kritik selbst wiederum Grenzen gesetzt hat. *Zweitens* richten sie ihren Blick auf die Gegenwart und thematisieren die aktuell «gegebenen materiellen, institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen» (S. 20), unter denen Theoriearbeit stattfindet. Dabei betonen sie besonders die hochschulpolitischen Veränderungen der letzten Jahre, die auf eine Verbesserung der akademischen Elite im internationalen Vergleich, auf kürzere Studienzeiten und eine bessere Verwertbarkeit von Wissen abzielen. Ein Effekt dieser Entwicklung ist, dass «Theoriearbeit als eigenständige wissenschaftliche Praxis unter besonderen Legitimationsdruck» (S. 27) gerät. Das Studium wird dabei mehr zur Ausbildung und die Bedingungen, die eine kritische Reflexionen über die Gesellschaft ermöglichen sollen, schwinden zunehmend. *Drittens* thematisieren die HerausgeberInnen auf einer Metaebene unterschiedliche Arten der Theoriekonstruktion und Rezeption sowie verschiedene Strategien der theoriepolitischen Selbstpositionierung. In diesem Sinne stellen die zehn Aufsätze «Versuche dialogischer Theoriebildung» (S. 10) dar, die einen Beitrag zu kritischer Theorieproduktion leisten sollen.

Die Aufsätze sind in drei Bereiche unterteilt. Im ersten Teil «Entwicklung kri-

tischer Theorien im Spannungsfeld von Tradition, Aktualisierung und Bruch» geht es um einzelne Theorie- und Denktraditionen, innerhalb derer verschiedene Stränge entwickelt wurden. Alexander Neupert-Doppler etwa beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der an Marx anschließenden Form- und Fetischkritik. Er tastet in seinem sehr differenzierten Text Reichweite und Grenzen dieser Form von Gesellschaftskritik ab. Ein zentraler Punkt der Fetischkritik ist, dass sie auf die Verselbständigung sozialer Formen wie Ökonomie oder Staat verweist. Diese Formen erscheinen dann den meisten Menschen als natürlich gegeben und werden nicht infrage gestellt. Die Bedeutung der Fetischkritik liege daher im Verweis auf die historische Kontingenz und Überwindbarkeit dieser Formen. Demgegenüber existieren «Positionen des klassenkämpferischen Marxismus» (S. 56), welche die Fetischkritik ablehnen und auf die Selbständigkeit der AkteurInnen in den Institutionen verweisen. Für Neupert-Doppler schliessen sich diese beiden von Marx ausgehenden Positionen nicht aus, sondern betonen vielmehr zwei verschiedene Pole von Theoriebildung und Gesellschaftskritik, die den Fokus entweder auf objektive Verhältnisse oder auf subjektives Handeln legen. Marc Grimm und Martin Proissl rekonstruieren die Entwicklung der klassischen Kritischen Theorie von Adorno und Horkheimer zu jener von Habermas und konstatieren dabei eine Divergenz: Sie argumentieren, dass Habermas sich im Laufe seines Arbeitens vom Ideologiebegriff verabschieden musste. Der Begriff verweise auf eine mögliche Transzendenz der Verhältnisse, die mit Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* unvereinbar sei.

Der zweite Teil «Dialoge zwischen unterschiedlichen Forschungsprogrammen und Paradigmen» behandelt koexistierende Denkstile. So geht Eva Seidlmayer zunächst auf die antiken Debatten zwischen den Stoikern und den Skeptikern ein. Diese beiden Traditionen stünden aufgrund verschiedener theoretischer und normativer Ausgangspunkte in einem Konflikt und bezögen sich häufig polemisch aufeinander. Seidlmayer zielt mit ihrer Rekonstruktion der Argumentationsweisen darauf ab, einen Dialog zu ermöglichen. Marco Walter problematisiert in seinem Beitrag den Begriff des Politischen in den Politikwissenschaften. Ausgangspunkt seines Textes ist, dass es hierzu keine einheitliche Bestimmung gibt und es an einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Begriff mangelt. Anhand der unterschiedlichen Herangehensweisen von Carl Schmitt (Dezision) und Hannah Arendt (Partizipation) argumentiert er, dass die vordergründig so unvereinbaren Positionen lediglich unterschiedliche Aspekte desselben Problems fokussieren würden. Da sich seines Erachtens die beiden Herangehensweisen wechselseitig bedingen, schlägt er einen neuen Begriff des Politischen vor, in dem diese notwendig zusammengedacht werden.

Im dritten Teil werden Beiträge versammelt, die sich mit dem «Wandel von Forschungsfeldern, Theorielandschaften und politischen Diskursen» auseinandersetzen. Cornelia Möser zeichnet in ihrem Beitrag die diskursive Herstellung des Paradigmenwechsels nach, der sich in Frankreich und Deutschland mit der Rezeption von Judith Butlers in den USA verfasstem Werk *Gender Trouble* vollzogen hat. Dabei geht sie anhand von Thomas Kuhns Beschreibung eines Paradig-

menwechsels hauptsächlich auf die Herstellung einer neuen Hegemonie innerhalb der feministischen Wissenschaft ein. Tina Jung thematisiert in ihrem Aufsatz das Selbst- und Kritikverständnis feministischer Wissenschaft. Insbesondere interessiert sie sich für die Herausforderungen, die sich für kritisch-feministische Wissenschaftsprojekte im Kontext des gegenwärtigen Wissenschaftssystems stellen. Um Dialoge zwischen Disziplinen geht es im Text von Katarina Froebus, die sich mit der Rezeption der Kritischen Theorie und von poststrukturalistischen Theorien in der Pädagogik auseinandersetzt. Sie verdeutlicht, inwiefern diese der eigenen disziplinären Theorieentwicklung dienen und dabei helfen, die gesellschaftliche Einbettung der pädagogischen Praxis kritisch zu reflektieren. Dadurch soll im pädagogischen Handeln ein Raum des Hinterfragens von Normalitätsvorstellungen eröffnet werden. Anne Rethmann konstatiert in ihrem Beitrag eine klare Unvereinbarkeit zweier Positionen. In der Diskussion um die Menschenrechte versteht sie Gruppenrechte nicht wie sonst häufig als Erweiterung der Menschenrechte, sondern als in Konkurrenz zu den individualrechtlich fundierten Menschenrechten stehend.

Insgesamt vergegenwärtigen die Beiträge den Umgang mit verschiedenen Theoriepolitiken; dies implizit im eigenen Schreiben und explizit anhand der behandelten Theorien. Die Qualität der Beiträge ist dabei sehr unterschiedlich und häufig werden die eigene Theoriepolitik und der eigene disziplinäre Hintergrund nicht in die Überlegungen mit einbezogen. Das Projekt des Sammelbandes halte ich in zweierlei Hinsicht für

sehr erfrischend und zeitdiagnostisch zentral: Erstens richtet es sich gegen jene wissenschaftliche Praxis, die eine Selbsttheorisierung der eigenen Ideen und eine gleichzeitige Abwertung oder Ausblendung anderer Theorien impliziert. Gerade im Kontext der gegenwärtig weitverbreiteten Rede um wissenschaftliche Exzellenz ist dies eine gängige Praxis, die die Anerkennung anderer Theorien in ihrer Differenz und die produktive dialogische Arbeit mit ihnen eher behindert als fördert. Zweitens ist eine solche dialogische Theoriebildung auch für eine gesellschaftsverändernde Praxis zentral, die anstrebt, auf produktiven Auseinandersetzungen und Allianzen aufzubauen.

Anika Thym

Angelica Balabanoff: **Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel.** Erinnerungen. Revidierte Ausgabe der Übersetzung von 1961, hg. von Jörn Schütrumpf. Dietz Verlag, Berlin 2013 (191 S.)

Angelica Balabanoff begegnete Wladimir Iljitsch Lenin zum ersten Mal am Kongress der russischen Sozialdemokratie im Jahr 1907: «Er war von allen Delegierten einer der eifrigsten, um nicht zu sagen, der eifrigste, und sicherlich der pünktlichste.» (S. 33) Darauf folgten viele andere Gelegenheiten, bei denen die Sozialistin Balabanoff Lenin aus nächster Nähe erlebte. So arbeitete sie als Organisatorin verschiedener Antikriegskonferenzen im Rahmen der Zimmerwalder Bewegung, benannt nach der Friedenskonferenz der europäischen SozialistInnen, die vor gut hundert Jahren

in Zimmerwald stattfand. SozialistInnen aus Italien und der Schweiz ergriffen die Initiative für das Treffen im September 1915, das neben dem Schweizer Sozialisten Robert Grimm wesentlich von Balabanoff vorbereitet wurde, die damals der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) angehörte.

Angelica Balabanoff kam 1869 im russischen Zarenreich in Černigov, einem Gebiet der heutigen Ukraine, zur Welt. Ihre Familie gehörte zum ukrainisch-jüdischen Grossbürgertum. Sie distanzierte sich aber als junge Frau von ihrer Familie und ging nach Europa, um in Brüssel, Leipzig, Berlin und schliesslich in Rom zu studieren. Während des Studiums kam sie mit sozialistischem Gedankengut in Kontakt und wurde zur Marxistin. In Italien, wo Balabanoff ihre zweite Heimat fand, begann sie ihr praktisches Engagement in der internationalen sozialistischen Bewegung – inspiriert von ihrem Römer Professor Antonio Labriola. Balabanoff trat 1900 in den PSI ein und schrieb für dessen Zentralorgan *Avanti*. Der PSI beauftragte sie, in die Schweiz zu reisen, um die italienischen MigrantInnen zu organisieren. So kam sie in Kontakt mit Schweizer SozialistInnen. Balabanoff hielt sich wiederholt in der Schweiz auf, bis sie während des Landesstreiks 1918 gemeinsam mit anderen RevolutionärInnen ausgewiesen wurde und in die Sowjetunion übersiedelte. Dort arbeitete sie als Sekretärin der Dritten Internationale und war als Übersetzerin von Lenins Reden tätig. Das Porträt der heute weitgehend vergessenen Revolutionärin hing in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution neben den Gesichtern Nadeshda Krupskajas, Alexandra Kollontais, Lenins und Leo Trotzki in sowjetrussischen Amts-

stuben. Angelica Balabanoff verstarb 1965 in Rom.

Der Charakterisierung Balabanoffs zufolge zog Lenin von jeder Tatsache den Aspekt in Betracht, der ihn als Strategie der revolutionären ArbeiterInnenbewegung interessierte. Ihm fehlte hingegen das Interesse für die ebenso wichtigen menschlichen Gesichtspunkte. Lenin richtete seine Theorie und Praxis am Ziel der Überwindung der Klassenverhältnisse und am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aus. Seine Person stellte er vollständig in den Dienst des Kampfes um gesellschaftliche Veränderung. Trotz seines überzeugten Engagements für eine gerechte Gesellschaft hinterliess Lenins Wirken der sozialistischen Idee ein äusserst ambivalentes Erbe. So lässt sich Angelica Balabanoffs Sicht auf Lenin zusammenfassen, die sie in ihrem Buch *Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel* entfaltet.

Balabanoffs Ausführungen leben von ihrer Nähe zu Lenin und ihren zahlreichen Begegnungen mit Personen der russischen Revolution – etwa Grigori Sinowjew, Kollontai, Trotzki und Maxim Gorki. Sie arbeitet sich weniger an Lenins theoretischen Schriften ab, als dass sie immer wieder seine Praxis und seine Methoden in einen Zusammenhang mit seiner Theorie stellt. Daraus zieht sie den im Buchtitel schon angedeuteten Schluss, dass Lenins Methoden die Überhand über die Ziele gewonnen hätten. Aufgrund seines uneigennütigen Engagements lässt Balabanoff eine gewisse Nachsicht gegenüber den von ihm angewendeten Mitteln walten – im Gegensatz zur deutlichen Verurteilung der späteren Sowjetregierung: «Als aber, nach der Machtübernahme, von seiten der Regierung der Bolschewiki jener

Grundsatz von Menschen angewandt wurde, die nicht im Interesse eines idealen Zwecks, sondern nur im eigenen Interesse handelten, [...] begann der wahre Zusammenbruch, der Grundsätze und Ideale mit in den Abgrund riss.» (S. 68) Ohne diese Entwicklung, die schon von Lenin vorgespurt worden war, wäre es Balabanoff zufolge nicht zur fatalen Entwicklung der Sowjetunion unter Josef Stalin gekommen: «Die Atmosphäre der Alleinherrschaft, der Willkür und des Terrors haben die sadistischen Neigungen des zukünftigen Diktators begünstigt, seine Eitelkeit angefacht und ins Unermessliche gesteigert.» (S. 165)

Denn schon Lenin setzte sich über alle Skrupel hinweg, um den Bolschewiki zum Durchbruch zu verhelfen. Eine wesentliche Strategie waren diverse Spaltungsversuche verschiedener sozialistischer Parteien Europas sowie der sozialistischen Internationale, die mit Verleumdungskampagnen und Intrigen vorangetrieben wurden. Als Beispiele schildert Balabanoff unter anderem zwei Ereignisse: einerseits Lenins Taktiken im Rahmen der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Bern 1915, an der Balabanoff teilnahm, andererseits die Kampagne gegen den Sozialisten Giacinto Serrati, ein Freund Balabanoffs.

An der von Clara Zetkin einberufenen Zusammenkunft sozialistischer Frauen mitten im Ersten Weltkrieg nahmen auch Vertreterinnen der Bolschewiki teil. Balabanoff schildert, wie diese jeweils verlangten, die Konferenz zu unterbrechen, um sich mit Lenin in einem nahe gelegenen Café zur Beratung zu treffen. Er habe den Bolschewikinnen vorgeschrieben, was sie einbringen sollten. So

wurde die Konferenz gelähmt, bis sich schliesslich Clara Zetkin persönlich zu einer Unterredung mit Lenin begab und erst nach Stunden mit einem Kompromiss zurückkehrte.

Die Kampagne gegen Giacinto Serrati betraf eine wichtige Figur des PSI und der Zimmerwalder Bewegung. Serrati genoss bei den Bolschewiki und bei Lenin hohes Ansehen. Doch er fiel in Ungnade, als er sich den Plänen der Bolschewiki widersetzte, den PSI als erste westeuropäische sozialistische Partei zu spalten. Deshalb wurde er in den Augen der Bolschewiki zum Verräter. Angelica Balabanoff beschreibt in ihrem Buch, wie die Bolschewiki ein anderes PSI-Mitglied zum Gegenspieler Serratis aufbauten – nämlich Nicola Bombacci, über den Lenin sich gleichzeitig gegenüber Balabanoff abfällig äusserte: «Sprechen Sie mir nicht von diesem idiotischen Alphabeten!» (S. 101)

Es sind die genauen Beobachtungen Angelica Balabanoffs, die ihr Buch über Lenin so lesenswert machen. Ihre Erinnerungen lassen wichtige Ereignisse aus der Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung und der Sowjetunion lebendig werden. Ebenso ermöglichen sie einen plastischen Einblick in Lenins Denken und Wirken. Balabanoff brauchte lange, um ihre Gedanken zu Lenin niederzuschreiben. Erst 1959, in ihrem 90. Lebensjahr, sechs Jahre vor ihrem Tod und Jahrzehnte nach ihrem letzten Treffen mit Lenin, erschien das Buch, zuerst auf Italienisch, danach 1961 in einer von Balabanoff selbst übersetzten Fassung auch auf Deutsch. Bei ihrer letzten Begegnung im Jahr 1921 teilte sie Lenin den Beschluss mit, die Sowjetunion zu verlassen und ihre Tätigkeit in der kommunistischen Bewegung aufzuge-

ben. Lenin wollte sie zum Bleiben bewegen. Auf ihre Mutmassung, dass es Menschen wie sie in Russland nicht brauche, meinte Lenin mit ernster und trauriger Stimme: «Brauchen schon, aber es hat sie nicht.» (S. 176)

Balabanoff war in vielen Punkten nicht mit Lenin einverstanden. Neben dem spalterischen Vorgehen kritisierte sie auch sein Avantgardekonzept, das die ArbeiterInnen bloss als Figuren auf einem Schachbrett und nicht als lebendige Menschen behandelte. Doch Lenin selbst zog keine Befriedigung daraus, im Rampenlicht zu stehen und nutzte seine Macht nicht, um sich Privilegien zu verschaffen. Vielmehr empörte er sich über jene Menschen, die ihre Macht für per-

sönliche Vorteile missbrauchten: «Als der echte, der überzeugte Revolutionär, der er war, musste Lenin die gesellschaftlichen Privilegien hassen, als Stra- tege und Oberhaupt eines Regimes, das dazu bestimmt war, den Sozialismus in die Praxis zu übertragen, konnte es ihm nicht entgehen, wie schädlich jede Un- gleichheit, jedes Vorrecht diesem Re- gime werden musste.» (S. 53) In der Be- trachtung Balabanoffs ist es die Tragik Lenins, dass er sich zwar der Revolution vollständig verschrieben hatte, aber bei ihrer Umsetzung einen Weg wählte, der die Revolution gleichzeitig untergraben und zerstören musste.

Rahel Locher